

# Mexikos besetzte Drogenhauptstadt

## In Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA patrouilliert die Armee Tag und Nacht

Mit Militär hat Mexiko den Drogenkrieg in Ciudad Juárez erstickt. In den Nachbarorten der Grenzstadt nimmt seither die Gewalt sprunghaft zu.

Matthias Knecht, Ciudad Juárez

José Calvo steht vor seinem menschenleeren Laden und wartet auf Kunden. Aus den nahen USA kommt niemand mehr nach Ciudad Juárez, zu gefährlich. Und in der Grenzstadt selbst hat niemand mehr Geld, seit die Billiglohnbetriebe reihenweise schliessen. «Null Umsatz», fasst Calvo die Lage zusammen und zeigt auf das Einzige, was sich in der einstigen Vergnügungsemeile von Juárez noch bewegt, nämlich Armeepatrouillen. Er sagt: «Nein, die Soldaten gefallen uns nicht. Aber sie sind ein notwendiges Übel.»

Seit März ist Juárez mit seinen mehr als 1,5 Millionen Einwohnern eine von der eigenen Armee besetzte Stadt. Nachdem im Vormonat mit 193 Morden so viel Blut wie nie zuvor geflossen war, verdreifachte Mexikos Präsident Felipe Calderón die Militärpräsenz. Tag und Nacht patrouillieren jetzt mehr als 7000 Soldaten, zusammen mit 2300 eiligst stationierten Bundespolizisten und den wenigen verbliebenen

Gemeindepolizisten. Der lokale Militärsprecher Enrique Torres spricht von einem Erfolg: «Die Gewalttaten gingen um mehr als 80 Prozent zurück.»

Juárez war bis vor wenigen Wochen Zentrum des Kampfs zwischen den mexikanischen Drogenkartellen. Denn nirgendwo ist der reiche Nachbar USA näher als hier. Einen Steinwurf vom Stadtpräsidium entfernt liegt El Paso, Texas. Dazwischen steht der US-Grenzzaun, den man in Juárez spöttisch als «Arbeitsbeschaffungsmassnahme» bezeichnet. Ganze Familien leben davon, Menschen, Drogen oder Waffen im Auftrag der Verbrecherbanden von der einen Seite auf die andere zu schaffen. Auch die Gemeindepolizei beteiligte sich noch bis vor kurzem an dem Geschäft. Letztes Jahr wurde ihr ehemaliger Chef mit einer Tonne Marihuana an der Grenze gefasst.

Während in Juárez brüchige Ruhe herrscht, explodiert im Rest des Gliedstaates Chihuahua die Gewalt. In der gleichnamigen Hauptstadt, vier Autostunden südlich von Juárez, wurden allein letztes Wochenende 18 Personen im Stil der Verbrecherkartelle umgebracht. Von «Cucaracha-Effekt» (Küchenschaben-Effekt) spricht der Lokalreporter Alejandro Salmon und führt lebensnah in den Fachwortschatz zum organisierten Verbrechen ein: «Das ist



Verdreifachte Armeepresenz: Strassensperre in Ciudad Juárez. (maz.)

wie beim Kammerjäger. Wenn dieser ein Haus auszuräuchern beginnt, dann ziehen die Küchenschaben einfach ins nächste Haus.»

Chihuahua Generalstaatsanwältin Patricia González erläutert den Cucaracha-Effekt genauer. Nach der erfolgreichen Zerschlagung der Banden in Juárez seien viele der früheren Bandenmitglieder ohne Einkommen. Rund 900 Kriminelle, vom Kleindealer bis zum Auftragsmörder, sind jetzt auf ei-

gene Faust in dem Gliedstaat von der sechsfachen Grösse der Schweiz unterwegs. Sie verschaffen sich ihre Einkünfte mit Raub und Diebstahl, Erpressungen und Entführungen. «Das hat es früher nicht in diesem Ausmass gegeben», sagt González.

Ende März versprach Mexikos Regierung, auch für die Regionalhauptstadt mehr Armee und Bundespolizei bereitzustellen. Diese Strategie kritisiert Víctor Quintana, ein Abgeordneter im Kongress von Chihuahua. Der Soziologiedozent warnt vor einer «Militarisierung des gesamten Landes» und sagt: «Die Armee unterdrückt nur die Symptome, löst aber nicht das Problem.» Quintana fordert, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, die er als Nährboden der Drogenkartelle sieht.

Ein solcher Nährboden ist etwa Plutarco Elias Calles, ein schäbiges Randviertel von Juárez. Am helllichten Tag hängt hier eine Gruppe junger Männer herum. Einer von ihnen ist Sergio. Der 22-jährige Familienvater verlor vor einhalb Jahren seine Anstellung in einem Billiglohnbetrieb, wie so viele andere. Seither schlägt er sich als Kleindealer durch. Von der Armee hält er nicht viel. Als noch die Drogenbosse in Juárez geherrscht hätten, sei es ihm besser gegangen, sagt er freimütig. «Die beschützen dich besser.»



Frühwarnsystem für unruhige Provinzen: Ein Ausriss aus dem russischen «Newsweek».

# Ein Computerprogramm für den Zusammenhalt des russischen Reichs

Der Kreml setzt beim Regieren neu auf ein computergestütztes Frühwarnsystem. Dieses misst die Stimmung in den Provinzen und schlägt rechtzeitig Alarm.

Klaus-Helge Donath, Moskau

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise macht auch die Machthaber im Kreml nervös. Im Winter haben sie ein computergestütztes Frühwarnsystem entwickelt, das die politische Stimmungslage bis in den letzten Winkel des Riesenreiches erfassen soll. Noch befindet es sich in der Testphase.

Bisher war die Informationskette zwischen Peripherie und Zentrale unständig und nicht sehr verlässlich. So berichtete der Direktor eines Betriebes etwa über sein Unternehmen dem Bürgermeister. Dieser wandte sich an den Gouverneur, der trug es weiter an den Chefinspektor des Gebiets, der den Super-Gouverneur des Kreml in den Regionen einschaltete. Von da gelangten die Informationen endlich ins Moskauer Schaltzentrum.

Das neue Alarmsystem soll künftig den Menschen als Fehlerquelle ausschalten und ein objektives Bild zeichnen. So werden neu 60 Parameter wöchentlich ins System eingespeist. Neben Arbeitslosenquote und Preisentwicklung wird die Anzahl krisenbedingter Demonstrationen erfasst. Putins Popularitätsquote und diejenige Medwedews finden ebenso Eingang wie die Zustimmung zur Kremlpartei

Vereinigtes Russland. Sehr genau wird auch die Lokalpresse auf atmosphärische Schwankungen hin untersucht. Besonderen Wert legt der Kreml indes auf die Wirksamkeit von örtlichen Behörden und Führungskräften. Die Gouverneure waren nicht sonderlich erfreut, dass neu überprüft werden soll, ob ihre Anstrengungen zur Krisenbekämpfung wirken.

Ist ein Drittel der Parameter ungenügend, befindet sich die Region im Stadium einer Vorkrise. Leuchtet bei der Hälfte der Parameter ein rotes Lämpchen auf, ist die Zeit reif, von Moskau aus direkt zu intervenieren. Besonders schwer wiegt der Punkt «Demonstrationen». Gehen Bürger mehr als fünfmal im Monat auf die Strasse, fällt die Provinz in die höchste Risikogruppe. Ende 2008 betraf dies zehn Regionen, darunter Moskau und Umland. Insgesamt bereiten inzwischen den Politikern 40 der 88 föderalen Verwaltungseinheiten Kopfschmerzen. Am härtesten betroffen sind jene Gebiete, die vor kurzem noch positiv auffielen. Die Öl und Gas fördernden «russischen Emirate», wie der Volksmund sie nennt, aber auch die Industriezentren.

Schwierigkeiten bereitete die Farbwahl für die Risikostufen des Systems. In der oben abgebildeten, ursprünglichen Fassung schien Grün zu sehr an den Islam und Rot wiederum zu stark an den Kommunismus zu erinnern. Die Programmplaner sollen sich schliesslich auf verschiedene Töne in Terrakotta geeinigt haben.

ANZEIGE

NICOLE KIDMAN'S CHOICE.

BOUTIQUES OMEGA ZÜRICH • GENÈVE • LUZERN • INTERLAKEN • BERN

OMEGA  
swiss made since 1848